

Ä3 Die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete kritisch begleiten - Diskriminierungsfreiheit sicherstellen

Antragsteller*in: LAG Europa, Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 29.04.2024

Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 34 bis 35 einfügen:

auszuweiten, ist nicht nur Ausdruck von zusätzlicher Gängelei, sondern auch potentiell verfassungswidrig.

Mit der jüngsten Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes steht neben Bezahlkarte und Geldleistung gleichrangig das Sachleistungsprinzip. Sachleistungen diskriminieren Geflüchtete im Zeitraum des Grundleistungsbezuges (36 Monate) und sind nicht mit unserer Vorstellung humanitärer Migrationspolitik und einer Willkommenskultur vereinbar. Daneben stellt die Sachleistungsgewährung Kommunen vor weitere logistische und finanzielle Herausforderungen. Die quasi-Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips ist ein diskriminierender Rückschritt, ein großes Teilhabehemmnis und ein Einfallstor für autoritär-populistische Kräfte, welche damit über Fresspakete und Wertgutscheine ihre Vorstellung abschreckender, diskriminierender Asylpolitik umsetzen können.

Begründung

In der Debatte um die Einführung einer Bezahlkarte ist die Forderung nach einer Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes laut geworden. Zahlreiche - insbesondere Grüne Stimmen - haben die Erforderlichkeit einer solchen Änderung in Frage gestellt und vor den Gefahren gewarnt. Zur Einführung einer Bezahlkarte wäre eine Änderung des AsylBLG nicht erforderlich gewesen, wie auch die bundesweite vielfach umgesetzte Praxis in Landkreisen zeigt. Trotzdem wurde unter grüner Beteiligung eine Änderung beschlossen, und noch dazu haben sich die befürchteten Sorgen realisiert: Die Änderung schießt weit über das Ziel der "Absicherung der Einführung einer Bezahlkarte" hinaus, und ermöglicht gleichrangig die Leistungsgewährung in Form von Sachleistungen. Das ist nicht mit unseren Grundsätzen humanitärer Migrationspolitik vereinbar.

Die Einfügung des Absatzes erläutert die Problematik, die Folgen für Geflüchtete, Teilhabe und unsere Gesellschaft insgesamt.